

Kampf dem Rauch: Deutschland plant großes Verbot zum Kinderschutz!

Bundesregierung plant ein umfassendes Rauchverbot zum Schutz von Kindern, inspiriert von Frankreichs neuen Regelungen.



Frankreich - Ein klarer Trend zeichnet sich ab: Die Bundestagsfraktionen von SPD und Grünen setzen auf ein umfassendes Rauchverbot in Deutschland. Dieses Vorhaben orientiert sich am neuen Rauchverbot in Frankreich, das ab Juli 2025 in Kraft tritt. Bei den Nachbarn wird das Rauchen an öffentlichen Orten wie Parks, Schulen und Stränden untersagt. Der Hauptgrund? Der Schutz der Kinder vor den schädlichen Auswirkungen des Passivrauchens. Dagmar Schmidt, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, sieht das Vorhaben als mutigen Schritt in Richtung Gesundheits- und Kinderschutz und betont, wie sensibel Kinder auf Passivrauch reagieren.

„Wenn Kinder an Bushaltestellen oder Spielplätzen die gleiche Luft wie rauchende Erwachsene atmen müssen, ist das inakzeptabel“, sagt Schmidt. Sie ist sich sicher, dass ein solches Verbot die öffentliche Gesundheit verbessern würde.

Unterstützung kommt auch von Janosch Dahmen, Gesundheitspolitiker der Grünen, der ein rauchfreies Umfeld für Kinder fordert. Er verweist auf andere strenge Maßnahmen in Frankreich, wie höhere Tabaksteuern und ein umfassendes Werbeverbot für Tabakprodukte. Diese Maßnahmen sind nicht nur für die Kinder wichtig, sondern sollen auch helfen, die jährlich über 30 Milliarden Euro Kosten zu reduzieren, die durch rauchbedingte Erkrankungen entstehen.

Wachsender Druck für rauchfreie Zonen

Aber die Diskussion endet hier nicht. Gesundheitsministerin Nina Warzen von der CDU appelliert an die Bundesländer, auch E-Zigaretten und Vape-Geräte zu verbieten. Diese Produkte enthalten gefährliche Substanzen und können der Einstieg in die Abhängigkeit sein. Die Bundesregierung hat bereits Schritte unternommen, um die Nutzung von E-Zigaretten an Bahnhöfen und in Zügen einzuschränken. Für Schulen, Restaurants oder Krankenhäuser sind jedoch weiterhin die Bundesländer zuständig.

Der Zeitpunkt dieser intensiven Debatte könnte kaum passender sein: Sie fällt auf den Weltnichtrauchertag am 31. Mai. An diesem Tag wird die Bedeutung von Nichtraucherzonen besonders hervorgehoben. Die Europäische Kommission hat kürzlich Empfehlungen veröffentlicht, die EU-Mitgliedstaaten dazu anregen, Nichtraucherzonen in bestimmten Außenbereichen auszudehnen. Dazu zählen unter anderem Spielplätze und öffentliche Einrichtungen. Vizepräsident Margaritis Schinas hebt hervor, dass Lebensstiländerungen entscheidend zur Verhinderung von Krankheiten beitragen können.

Ein Blick in die Zukunft

Die EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides macht auf die alarmierende Zahl von 700.000 jährlichen Todesfällen aufgrund des Tabakkonsums aufmerksam, darunter eine erhebliche Zahl durch Passivrauchen. Die neuen Maßnahmen sollen vorrangig dazu beitragen, Kinder und Jugendliche zu schützen. Mit einem ausgeklügelten Präventions-Toolkit, das die Umsetzung der Empfehlungen unterstützen soll, wird an einer tabakfreien Generation bis 2040 gearbeitet. Ziel ist es, den Tabakkonsum auf weniger als fünf Prozent zu senken.

Die Integration dieser Schritte in nationale Gesetzgebungen liegt jedoch im Ermessen der Mitgliedstaaten. Dennoch zeigt sich, dass der Druck wächst, eine rauchfreie Zukunft für unsere Kinder zu gestalten. Die Entwicklungen in Deutschland sind vielversprechend und könnten einen positiven Einfluss auf die Gesundheit der kommenden Generationen haben. Es bleibt abzuwarten, wie schnell und ob alle diese Maßnahmen Eingang in die deutschen Gesetze finden.

Für mehr Informationen zu den aktuellen Entwicklungen rund um das Rauchverbot, können Sie die Berichte von **Süddeutsche Zeitung**, **Daily Wrap** und **EU-Vertretung in Deutschland** besuchen.

Details	
Ort	Frankreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.sueddeutsche.de• dailywrap.net• germany.representation.ec.europa.eu

Besuchen Sie uns auf: aktuelle-nachrichten.net